

Quelle

Datum

Keiner will ein „Viertes Reich“

VON JOSEF JOFFE

Das Schöne an der Wiedervereinigung war jahrzehntelang, daß man sie weder für morgen noch für übermorgen erwarten mußte. Die ungeschriebene Parole war die Umkehrung jener Formel, die der französische Radikalen-Führer Léon Gambetta 1871 nach dem Verlust Elsaß-Lothringens geprägt hatte: „Laßt uns nie darüber mit dem Ausländer reden, aber er muß wissen, daß wir stets daran denken.“ Hier galt stets der Umkehrsatz, also: Immer davon reden, nie daran denken. Nun aber „ist die Situation da“, wie Adenauer zu sagen pflegte – zumindest zum Nachdenken.

Wenn selbst hohe SED-Funktionäre plötzlich vom Abriß der Mauer und einer gemeinsamen Wirtschaftskommission plaudern, dann wäre die Folge bereits eine Art De-facto-Wiedervereinigung – wie vor dem 13. August 1961, aber ohne jene unsichtbare Mauer von „Alleinvertretungsanspruch“ und ideologischem Bruderkrieg. Der 40 Jahre alte europäische Status quo knirscht in allen Fugen, nicht aber (oder noch nicht) der Bewußtseinszustand zwischen Rhein und Oder. Gewiß: 87 Prozent aller Westdeutschen sind für die Wiedervereinigung. Doch wie in der Sherlock-Holmes-Geschichte ist der Hund, der nicht bellte, das bedeutsamste Indiz. Nirgendwo in der Bundesrepublik formieren sich Aufmärsche mit Transparenten, die „Wiedervereinigung jetzt!“ fordern. Und dort, wo die Deutschen doch marschieren – in der DDR –, steht alles andere als die Einheitsparole auf den Bannern. Es geht den Menschen nicht um die Abschaffung der DDR, sondern um die Demontierung des bürokratischen Büttel-Staates.

Es sind vorweg die Ausländer, die daran denken – und bestimmt anders, als sie reden. Nein, sagt Präsident Bush, ihn störe der Gedanke nicht: „Es wird eine ganze Menge über die Furcht vor der Wiedervereinigung geschrieben, aber ich teile sie nicht.“ Präsident Mitterrand erklärt die Einheit gar zum „natürlichen Recht“ der Deutschen, und Margaret Thatcher schließt sich beiden an. Man muß schon etwas ostwärts – oder zwischen die Zeilen – schweifen, um die Seelenlage der Freunde und Nachbarn auszuloten.

Die schwankt zwischen dem Absurden und dem Bedenkenswerten. Unter die Rubrik „Absurd“ fällt zum Beispiel der Kolumnist der *Sunday Times* (London), der die neunziger Jahre von zwei Ereignissen beherrscht sieht: dem Zusammen-

bruch der Sowjetunion und dem Aufstieg des „Vierten Reiches“ als Supermacht. Und die Offiziellen? Zumindest, wo sie ungenannt bleiben, diktieren sie den Washingtoner Reportern ins Notizbuch: Zwar sei die Wiedervereinigung so gut wie unvermeidlich, doch müsse sie im Rahmen westeuropäischer Integration stattfinden, in dem der neue deutsche Staat dann fest verankert wäre.

„Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“, also unter westlichem Vorzeichen, ist auch die Sprachregelung von Außenminister Baker. Dessen französischer Kollege Dumas vermeidet pointiert den Begriff und spricht dafür von einer „originalen Lösung der deutschen Frage“, derweil der Verteidigungsminister Chevènement angesichts der Flüchtlingsströme zwar zugibt, daß er „um der Menschenrechte willen glücklich“, aber für die „Zukunft Europas besorgt“ sei. Je weiter nach Osten, desto deutlicher (wenn auch immer noch verklausuliert) die Sprache. Wiedervereinigung? Da sagt der polnische Außenminister Skubiszewski: Die ist noch „weit entfernt“; die Realität ist „die Existenz zweier deutscher Staaten“.

Und die Deutschen? Sie sagen so gut wie gar nichts; selbst im „nationalen Lager“ sind die Töne merkwürdig gedämpft. Ob sie nach zwei Weltkriegen begriffen haben, „daß die Lösung der deutschen Frage nicht die Deutschen allein angeht“, wie Kanzler Kohl in seiner Rede zur Lage der Nation zu Recht gesagt hat? Die überbordende Macht des Deutschen Reiches hat zweimal das europäische Gleichgewicht unterspült, mit massenmörderischen Konsequenzen. Was wunder, daß dieses Gespenst noch immer in den Köpfen der Verbündeten und Nachbarn herumspukt – trotz einer geradezu mustergültigen demokratischen Entwicklung innerhalb einer vitalen westeuropäischen Gemeinschaft.

In dieser liegt denn auch der Schlüssel für die Zukunft. In dem Maße, wie alle Nachbarn spüren, daß diese Bindung unwiderruflich ist, verliert die Macht- und Grenzfrage an Bedeutung. So war es in den Jahren der Westintegration; es kann für die nächsten Jahrzehnte nicht anders sein – um so mehr, als niemand weiß, ob die Revolution im Osten – und es ist eine Revolution – erbringen wird, was alle hof-

fen: Frieden und Freiheit im Inneren, Selbstbestimmung und Souveränität im Äußeren.

Wichtig ist Freiheit und Stabilität – und die Fortführung des großartigen Experiments der europäischen Integration. Diese Gemeinschaft und das Atlantische Bündnis haben uralte „Erbfeindschaften“ dem Mülleimer der Geschichte überantwortet; die Integration – die Verflechtung nationaler Macht – ist das beste Modell für die Lösung der Machtfrage. Die Rückkehr zum Nationalstaat ist die Rückkehr zum Spiel der Mächte; es hat Europa zweimal an den Rand des Abgrunds gebracht. Und nationalistische Träumereien an deutschen Kaminen? Die überwältigende Mehrheit der Deutschen in Ost und West will mit dieser Schimäre nichts zu tun haben. Und das ist auch gut so. Denn wer sagen würde: Erst die Nation, dann die Freiheit, der könnte in diesem historischen Moment der Enteisung zum Schluß gar beides riskieren. 4